

Stand: 01.07.2025 18:49:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18261

"Corona-Ausgangssperren unverhältnismäßig - zu Unrecht vereinnahmte Bußgelder unverzüglich zurückerstatten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18261 vom 13.10.2021
2. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 14.10.2021
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19263 des GP vom 26.10.2021
4. Beschluss des Plenums 18/19424 vom 07.12.2021
5. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 07.12.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian Ritter, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Corona-Ausgangssperren unverhältnismäßig – zu Unrecht vereinnahmte Bußgelder unverzüglich zurückerstatten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird nach dem Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) vom 4. Oktober 2021 (Az.: 20 N 20.767), der die Corona-Ausgangssperren für nicht rechtmäßig respektive die entsprechende Norm, § 4 Abs. 2 und 3, in der seinerzeitigen Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (BayIfSMV) für unwirksam erklärte, aufgefordert,

1. Bußgeldbescheide, die auf Grundlage der vom VGH für unwirksam erklärten Norm ergingen, aufzuheben, etwaige Vollstreckungsmaßnahmen unmittelbar einzustellen und allen vermeintlichen Bußgeldschuldern das zu Unrecht bezahlte Bußgeld unverzüglich zurückzuerstatten,
2. auf Rechtsmittel gegen den Beschluss des VGH zu verzichten,
3. dem Landtag zu berichten, wie viele Bußgeldbescheide auf Grundlage der vom VGH für unwirksam erklärten Norm ergingen, in welcher Höhe (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken) und wie die Modalitäten der Rückabwicklung gestaltet werden,
4. dem Landtag zu berichten, welche Konsequenzen die Staatsregierung aus dem Beschluss des VGH zieht, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Argumentation des VGH auch auf weitere Corona-Ausgangssperren in anderen Zeiträumen übertragbar ist.

Begründung:

Der VGH hat in einem aktuellen Beschluss vom 4. Oktober 2021 (Az.: 20 N 20.767) entschieden, dass die Ausgangssperre in Bayern im März und April 2020 nicht rechtmäßig war.

Die erste nunmehr vorliegende Hauptsache-Entscheidung des höchsten bayerischen Verwaltungsgerichts ist wegweisend. Der VGH lässt kaum ein gutes Haar an der seinerzeitigen Regelung. So stellt der VGH fest, dass die damalige Regelung in § 4 Abs. 2 und 3 der BayIfSMV sowohl aus formellen als auch aus materiellen Gründen unwirksam war.

Der VGH stellt zunächst fest, dass die Ausgangssperre bis zum 7. April 2021 bereits aus formellen Gründen unwirksam war. Bis zu diesem Zeitpunkt habe es an einer ordnungsgemäßen Bekanntmachung gefehlt. Faktisch war die Staatsregierung also über

den Zeitraum von gut einer Woche nicht in der Lage, die entsprechende Verordnung rechtsstaatlich konform bekanntzumachen. In dem besagten Zeitraum war diese allein schon deshalb unwirksam. Weder die Bürgerinnen und Bürger noch die Gesundheitsämter oder die Polizei konnten dies wissen.

Die Ausgangssperre war aber nicht nur formell, sondern auch materiell rechtlich unwirksam. Vereinfacht gesagt, sie war schlichtweg nicht rechtens. Der VGH stellt fest, dass die Ausgangssperre gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstieß. Es hätte mildere, gleich geeignete Alternativen gegeben. So hätten etwa bspw. Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum den gleichen Effekt erzielen können. Dies habe etwa der Bund-Länder-Beschluss im März 2020 empfohlen. In hinlänglich bekannter Weise ist aber die Staatsregierung, insbesondere eben in persona des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, von der Bundeslinie abgewichen.

Menschen stellen keine (infektiologische) Gefahr dar, wenn sie alleine das Haus verlassen oder ein Buch auf einer Parkbank lesen. Eine Erkenntnis, die in der Staatsregierung nicht vorhanden zu sein schien. So erklärt der VGH nun u. a. wörtlich, dass im Vortrag des Antragsgegners offengeblieben sei, „warum ein Verhalten, welches für sich gesehen infektiologisch unbedeutend ist, nämlich das Verweilen alleine oder mit den Personen seines Haushalts im Freien außerhalb der eigenen Wohnung, ebenso der Ausgangsbeschränkung unterworfen wurde.“. Eine plausible Erklärung hierfür gab und gibt es nicht. Derartige „Holzhammermethoden“ sind nicht nur untauglich, um das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten, sie sind auch völlig ineffizient, wenn es um Gesundheitsschutz geht. „Sollte in dem Verweilen in der Öffentlichkeit eine Gefahr für die Bildung von Ansammlungen gesehen worden sei“, so der VGH weiter, „unterstellt diese Sichtweise ein rechtswidriges Verhalten der Bürger und setzt dieses sogar voraus.“.

Der VGH kritisiert unverhohlen und auf ganzer Linie die damalige Ausgangssperre. Er moniert u. a. Praktikabilität, Effektivität und Erforderlichkeit und stellt v. a. eben einen Verstoß gegen das Übermaßverbot und damit gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit fest. Vergegenwärtigt man sich die enormen Auswirkungen einer Ausgangssperre, wird deutlich, was die Entscheidung des VGH bedeutet.

Auf Grundlage der nun für unwirksam erklärten Norm ist (davon ist auszugehen) eine erhebliche Vielzahl von Bußgeldbescheiden rechtskräftig und vollstreckbar erlassen worden. Es gebietet sich nun aber zwingend für einen Rechtsstaat, der für seine Bürgerinnen und Bürger eine Ausgangssperre verhängt, die vom obersten bayerischen Verwaltungsgericht für nicht rechtmäßig erklärt worden ist, dass diese Bußgeldbescheide schnell, effizient, transparent und unbürokratisch aufgehoben, etwaige Vollstreckungsmaßnahmen entsprechend eingestellt werden und allen vermeintlichen Bußgeldschuldern das zu Unrecht bezahlte Bußgeld unverzüglich zurückerstattet wird. Dies ist das Mindeste, nachdem die Ausgangssperre selbst naturgemäß nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Die Staatsregierung wird überdies aufgefordert, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtsmittel gegen den Beschluss des VGH zu verzichten. Damit bestünde final Klarheit. Eine Revision würde die Rechtsunsicherheit in dem Zusammenhang nur noch (zeitlich) verlängern.

Dem Landtag soll deshalb auch darüber berichtet werden, wie viele Bußgeldbescheide auf Grundlage der vom VGH für unwirksam erklärten Norm ergingen, in welcher Höhe (aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken) und wie die Modalitäten der Rückabwicklung gestaltet werden.

Schließlich soll dem Landtag ebenfalls noch berichtet werden, welche Konsequenzen die Staatsregierung aus dem Beschluss des VGH zieht, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Argumentation des VGH auch auf die weiteren Corona-Ausgangssperren in anderen Zeiträumen übertragbar ist.

nete Plenk (fraktionslos). Sonst niemand. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/18346 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Sonst niemand. Wer ist dagegen? – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Wer Enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/18260 mit 18/18263 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Nun gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "A 13 für alle – Grund- und Mittelschullehrkräfte endlich angemessen bezahlen", Drucksache 18/18258, bekannt. Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 81 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: 15 Abgeordnete. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt kommt noch die Bekanntgabe des Ergebnisses des nachgezogenen Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Florian Ritter und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Es ist höchste Zeit: Einheitliches Eingangsamt A 13 für alle Lehrkräfte an Bayerns Schulen!", Drucksache 18/18345: Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 75 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: 15. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller,
Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 18/18261

**Corona-Ausgangssperren unverhältnismäßig - zu Unrecht vereinnahmte Buß-
gelder unverzüglich zurückerstatten!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Martin Mittag**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 66. Sitzung am 26. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian Ritter, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/18261, 18/19263

Corona-Ausgangssperren unverhältnismäßig – zu Unrecht vereinnahmte Bußgelder unverzüglich zurückerstatten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen, auch die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. November 2021 (Vf. 57-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 und 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist

PII-G1310.21-0023
 Drs. 18/19366 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren:
 II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

8. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Binnenmarkt
Tourismusleistungen – Initiative zu kurzfristigen Vermietungen
27.09.2021 - 13.12.2021
Drs. 18/18273, 18/19290 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19290
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

9. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohlen,
Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
„Housing First“ – BayernHeim soll auch für Wohnungslose bauen
Drs. 18/12354, 18/19236 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Finanzen sichern –
Gerechte Grundsteuer in Bayern verwirklichen
Drs. 18/16017, 18/19220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

14. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
„Bayern barrierefrei“ weiter konsequent umsetzen
Drs. 18/17538, 18/19224 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

15. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Ralf Stadler AfD
Exportverbot von Zucht- und Schlachttieren in Länder außerhalb der EU
Drs. 18/17577, 18/19246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen I –
Registrierungspflicht von Hundewelpen umgehend einführen
Drs. 18/17700, 18/19247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Horst Arnold u.a. SPD
Wie wollen die Menschen in Bayern wohnen? – Studie zur Entwicklung des Wohnverhaltens und von Wohnkonzepten
Drs. 18/17819, 18/19239 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

25. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung: Aufklärung und Hilfe für Opfer sexuellen Missbrauchs in der evangelischen Kirche in Bayern
Drs. 18/17843, 18/19225 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung: Aufklärung und Hilfe für Opfer sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche in Bayern
Drs. 18/17844, 18/19226 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Aussteigerprogramme für Anhänger von Extinction Rebellion
Drs. 18/17882, 18/19349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Frühzeitig EU-Batterieverordnung beeinflussen –
Lithium-Ionen-Akkus stärker berücksichtigen
Drs. 18/17927, 18/19363 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

29. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- und
Schwellenländern ausbauen
Drs. 18/18037, 18/19351 (A)

auf Antrag der SPD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses
für Umwelt- und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

30. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Verzögerungen beenden, Verantwortung gerecht werden –
PCR-Pooltests in Kitas endlich auf den Weg bringen
Drs. 18/18069, 18/19228 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

31. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Kligen u.a. und Fraktion (AfD)
Klimaanpassung statt CO₂-Vermeidung – Aktionistischen Klimaschutz
beenden und wirtschaftlich tragbare Lösungen auf den Weg bringen
Drs. 18/18105, 18/19364 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Innovative Sonderwirtschaftsregionen in Bayern einführen!
Drs. 18/18118, 18/19221 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Kostenerstattung für staatliche Hochbaumaßnahmen beschleunigen
Drs. 18/18119, 18/19223 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds
Drs. 18/18120, 18/19234 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Sonderfonds zur Beseitigung der Altlasten in Altenstadt a.d. Waldnaab, Neustadt a.d. Waldnaab und Windischeschenbach
Drs. 18/18122, 18/19237 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Kinder vor Missbrauch schützen: Präventionsprogramm „Kein Täter werden“ ausweiten
Drs. 18/18126, 18/19229 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Einführung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit
Drs. 18/18235, 18/19232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Regelmäßiger Bericht über das Projekt „Speisenanbieterbefragung“
Drs. 18/18236, 18/19233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Jan Schiffers u.a. und Fraktion (AfD)
Corona mit Pflanzkraft bekämpfen 1: Cannabis-Inhaltsstoffe nutzen
Drs. 18/18237, 18/19257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Corona mit Pflanzkraft besiegen 2: Wirkung von Bromelain erforschen
Drs. 18/18238, 18/19259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Fachtagung „Digitalisierung zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung“
Drs. 18/18240, 18/19235 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Corona-Ausgangssperren unverhältnismäßig –
zu Unrecht vereinnahmte Bußgelder unverzüglich zurückerstatten!
Drs. 18/18261, 18/19263 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Großelterntag, Wahlauf Ruf etc. –
Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
Drs. 18/18262, 18/19360 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Deutschlandtakt auch für Bayern!
Vier Gleise zwischen Pasing und Eichenau!
Drs. 18/18263, 18/19240 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

52. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Martina Fehlner u.a. SPD
Wechsel im Kanzleramt in Wien:
Neustart für die bayerisch-österreichischen Beziehungen
Drs. 18/18489, 18/19227 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Evaluation der Vereinigung der Pflegenden in Bayern
Drs. 18/18495, 18/19261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

54. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Verbindliche 3G-Regelungen bei Beerdigungen und 3G-Empfehlungen für religiöse Veranstaltungen
Drs. 18/18498, 18/19262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Für Pressefreiheit und Medienpluralismus in Europa kämpfen
Drs. 18/18671, 18/19264 (G)

auf **Antrag der FDP-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>